



Niederschrift

1. Sitzung Hauptausschuss
17. September 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Durchführung eines Sicherheitsaudits in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg: Vorstellung der Gutachten Vorlage: 2019/0751

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Professor Dr. Hermann für die Gesamtstadt und die Stadtteile Oberreut und Innenstadt zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Verwaltung im Hinblick auf die beiden stadtteilbezogenen Sicherheitsaudits in Oberreut und in der Innenstadt zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und begrüßt Herrn Prof. Dr. Hermann von der Universität Heidelberg, der die Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens vorstellen werde.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) bedankt sich dafür, das Ergebnis des Gutachtens vorstellen zu dürfen und erläutert mittels beigefügter PowerPoint-Präsentation die wesentlichen Inhalte. Er verweist insbesondere darauf, dass es sich bei der dem Gutachten zugrunde liegenden Umfrage bereits um die 4. Welle handele, welche im Jahr 2018 stattgefunden habe, und dass sich die Vergleiche auf die letzte im Jahr 2014 durchgeführte Umfrage beziehen. Von 17.000 zufällig angeschriebenen Personen hätten ca. 6.000 Rückläufe stattgefunden, was eine außerordentlich gute Quote darstelle. Eine Untersuchung der R+V Versicherung habe ergeben, dass im Jahr 2016 ein sprunghafter Anstieg der Ängste zu verzeichnen gewesen sei. Die Angst sei bis heute auf diesem hohen Niveau geblieben. Dabei sei besonders die Angst vor politischem Extremismus und dem Kontrollverlust des Staates gestiegen. Eine Opferbefragung, die im Jahr 2017 durchgeführt worden sei, weise in die gleiche Richtung. Insgesamt könne festgestellt werden, dass der Anstieg der Kriminali-

tätsfurcht in Karlsruhe geringer ausfallen als deutschlandweit betrachtet. Daraus schließt er, dass die Ursachen deutschlandweit/europaweit zu suchen sind. Die in Karlsruhe sehr gute Ausgangslage sei aber immer noch verbesserungsfähig, z. B. durch die Konzentration auf Gebiete, in den die Furcht besonders ausgeprägt sei. Die Ergebnisse würden sich anbieten, die Kriminalprävention in der Innenstadt und in Oberreut zu verstärken. Dazu böten sich insbesondere Selbstbehauptungskurse für Frauen, Förderung der Zivilcourage der Bevölkerung, Projekte zur Förderung alternativer Denkstrategien und zum Abbau gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen bei jungen Geflüchteten, Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen Geflüchteter, Verbesserung des ästhetischen Erscheinungsbildes der Stadt sowie vertrauensbildende Maßnahmen der Kommunalpolitik an. Er teilt auf Nachfrage von **Stadtrat Marvi (SPD)** mit, dass der Europaplatz bei den Vorschlägen zu kriminalpräventiven Maßnahmen eine zentrale Rolle spiele. Durch das Vorhandensein von Hotspots, die es in jeder Stadt gebe, sei ein Problem lokalisierbar und behandelbar. Die Fremd- und Eigenwahrnehmung sei berücksichtigt und biete die Möglichkeit entsprechend zu handeln. Auf Nachfrage von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE)** berichtet er, dass das Thema Rechtsradikalismus in der Studie berücksichtigt worden sei, was jedoch in Karlsruhe quantitativ nicht relevant sei und keinen furchtauslösenden Faktor darstelle.

Stadtrat Cramer (KAL) weist darauf hin, dass die tatsächlich in der Südstadt stattfindende Kriminalität sehr niedrig sei. Die Furcht sei bei Personen vorhanden, die nicht in der Südstadt lebten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) teilt mit, dass die AfD-Fraktion mit den Maßnahmen, die für Oberreut aufgelistet seien, einverstanden sei. Die Entwicklung von Maßnahmen in der Innenstadt sollte durch die unbeeinflusste Befragung von Bürgern erfolgen. Er bittet um Transparenz.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bittet mitzuteilen, wer zur Teilnahme in den Begleitgruppen eingeladen werde und unter welcher Zielsetzung die Spaziergänge erfolgten.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE) bittet darum, den methodischen Ablauf der Abendspaziergänge zu erläutern.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) ergänzt, dass die Gutachten für die Innenstadt und für Oberreut lokalen Verantwortlichen vorgestellt werden. Dabei solle sich ein Gremium konstituieren, das in der Lage und bereit sei, die abgeleiteten kriminalpräventiven Maßnahmen umzusetzen. Es würde sich jedoch um einen offenen Prozess handeln.

Dr. Wiegemann-Uhlig (AfStA) erläutert, dass geplant sei, die Abendspaziergänge um 20 Uhr bei Dunkelheit zu beginnen. Eine repräsentativ ausgewählte Gruppe der Bevölkerung solle angeschrieben werden. Ziel sei es, die aus Sicht der Bevölkerung besonders kritischen Räume und Situationen festzuhalten und Ideen aufzunehmen.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE) spricht sich dafür aus, Projekte gegen die gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen bei jungen Geflüchteten allgemeiner zu fassen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die IGO in Oberreut zwar nicht repräsentativ sei, jedoch als engagierter Ansprechpartner fungiere. Es sei sinnvoll, die Selbstorganisationskräfte vor Ort miteinzubeziehen. Es gelte aber auch die Personen und Gruppen, die bislang noch nicht

organisiert seien, nicht zu vergessen oder zu übersehen. Er verweist auf die in Oberreit sehr gut aufgestellte gemeinwesenorientierte Sozialarbeit, die Zugang zu diesen Gruppen habe. Er schlägt vor, mit den vorliegenden Maßnahmen einzusteigen und diese dann mit den gemachten Erfahrungen und Vorschlägen weiterzuentwickeln.

Dr. Wiegmann-Uhlig (AfStA) teilt auf Nachfrage von **Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** mit, dass als externe Fachkräfte, z. B. das Moderationsbüro miteinbezogen sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, die extern hinzugezogenen Fachkräfte aufzulisten und nachzureichen. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
7. Oktober 2019